



Pressemitteilung: 25 Jahre reformierter Paragraf 218 - Zeit für die Streichung aus dem Strafgesetzbuch

Berlin, 01.10.2020

Heute vor 25 Jahren, am 01. Oktober 1995, wurde der Paragraf 218 StGB, der Schwangerschaftsabbrüche kriminalisiert, nach der Wiedervereinigung in seiner jetzigen Form beschlossen. Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung ruft daher heute alle demokratischen Parteien dazu auf, die Streichung dieses Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch in ihre Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2021 aufzunehmen.

“Der politische Kompromiss von 1995 ist heute nicht mehr zeitgemäß”, so **Silke Stöckle**, Sprecherin des Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung. Stöckle weiter: “Schwangerschaftsabbrüche sind Teil der medizinischen Grundversorgung und müssen außerhalb des Strafgesetzbuches geregelt werden. Durch die bestehende Kriminalisierung mit Beratungspflicht und Wartezeit werden ungewollt Schwangere bevormundet und ihnen wird das Recht auf die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung genommen.”

Ebenso ist die Neuregelung des Paragraphen 219a krachend gescheitert: Für Ärzt:innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen und darüber informieren wollen, herrscht immer noch keine Rechtssicherheit. Stattdessen sind sie weiterhin Bedrohungen durch Abtreibungsgegner:innen ausgesetzt und werden verurteilt. Dieser Paragraf hätte 2019 gestrichen werden müssen.

Um ungewollt Schwangere und Ärzt:innen bestmöglich zu unterstützen und zu schützen muss der Schwangerschaftsabbruch entkriminalisiert werden, die Paragraphen 218/219 müssen daher aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden.

Außerdem wäre es heute, 25 Jahre später, auch ein gutes Signal an alle Frauen der ehemaligen DDR, deren Recht auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung mit dem sogenannten Kompromiss im Jahr 1995 genommen wurde. Ebenso wie an alle Ärzt:innen, deren medizinische Versorgung vor 25 Jahren mit dem sogenannten Kompromiss als kriminelle Tätigkeit eingestuft wurde.

Stöckle ergänzt: “Wenn wir noch weiter in die Geschichte zurückgehen blicken wir nun sogar auf fast 150 Jahre Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbruch und den Widerstand gegen §218 zurück. 150 Jahre sind genug! 25 Jahre sind genug! Jedes weitere Jahr ist eines zu viel!”

XXX

Hinweis:

Die Aktivistinnen aus den Bündnissen für sexuelle Selbstbestimmung Berlin und Münster Kate Cahoon und Adriana Beran haben am Safe Abortion Day (28.9.) zusammen mit change.org eine Petition mit ähnlichen Forderungen gestartet:

“Wir fordern die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 als Straftat und rechtliche Regelungen außerhalb des Strafgesetzbuches! Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, die Legalisierung von Abtreibung in ihr Wahlprogramm aufzunehmen!”

Link zur Petition: <https://www.change.org/wegmit218>

PRESSEKONTAKT

Das Pressteam des Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung erreichen Sie unter:
0160 – 377 22 08 | presse@sexuelle-selbstbestimmung.de | [Facebook](#) | [Twitter](#) |
Instagram: [@prochoice_de](#) | www.sexuelle-selbstbestimmung.de/presse

Das **Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung** ist ein breites Bündnis aus Beratungsstellen, verschiedenen feministischen und allgemeinpolitischen Gruppen, Verbänden, Gewerkschaften und Parteien sowie Einzelpersonen. Seit seiner Gründung 2012 organisiert es Proteste gegen den jährlich stattfindenden, bundesweiten “Marsch für das Leben”. Neben der Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch fordert das Bündnis eine geschlechter- und kultursensible Sexualaufklärung für alle sowie eine angemessene Unterstützung für jene, die sich für ein Kind entscheiden, damit sie ihre eigene Lebensplanung aufrechterhalten können.